PRESSEINFORMATION

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

Rodgauer setzen klares Signal

Bürgerbegehren sehr gut gelaufen/Kooperation sollte Votum ernst nehmen

Fast 5000 Unterschriften für das von der CDU initiierte Bürgerbegehren – „ein klares Signal für die Abschaffung der zweiten hauptamtlichen Stadtratsstelle. Damit ist das Bürgerbegehren entgegen den Anfang der Woche vorgebrachten Unkenrufen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Reckließ, der vollmundig von einem Scheitern des Begehrens sprach, sehr gut gelaufen," so der CDU-Parteivorsitzende Dr. Bernhard Knaf und Fraktionschef Clemens Jäger in einer Pressemitteilung. „Die Rodgauer haben in beeindruckender Anzahl ihre Möglichkeit der unmittelbaren Demokratie genutzt und so dem Parlament gezeigt, dass sie mit der Änderung der Hauptsatzung nicht einverstanden sind und eher der Argumentation der CDU folgen. Ein großer Erfolg für die CDU und für die Demokratie", heißt es weiter.

„Die Kooperation sollte sich jetzt die Frage stellen, ob es nach diesem beachtlichen Votum der Rodgauer nicht sinnvoll wäre, ihre Haltung zu überdenken, die Meinung der Bürger ernst zu nehmen und den Beschluss vom 22. Februar zu kippen", so Jäger. Der Stadt würden somit auch die Kosten für einen Bürgerentscheid erspart. Außerdem sei ebenfalls zu fragen, ob es klug ist, einen FDP-Stadtrat vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr zu installieren. Die Ostertage böten sich an, in Ruhe über die derzeitige Situation in Sachen zweiter Stadtrat nachzudenken.

Heute wurden mit Ablauf der Frist die restlichen Listen im Rechts- und Ordnungsamt zur Überprüfung auf Gültigkeit abgegeben. Dann wird die genaue Zahl der Unterschriften feststehen. Wie es weitergeht, entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Entweder nimmt die parlamentarische Mehrheit, also die Kooperation aus SPD, FDP, Grünen und FWG den Beschluss vom 22. Februar 2010 auf Erweiterung des hauptamtlichen Magistrats zurück, oder es kommt zu einem Bürgerentscheid. Im zweiten Fall müssen mindestens 25 Prozent der wahlberechtigten Bürger – ca. 8500 - an die Wahlurnen. Mit einfacher Mehrheit entscheiden sie dann für oder gegen einen zweiten hauptamtlichen Stadtrat.

Die CDU weist auf einen ebenfalls interessanten Aspekt hin, der sich während des Unterschriftensammelns zeigte. Sehr viele Bürger trugen quasi beim Unterschreiben der Listen den Parteimitgliedern Rodgauer Probleme und Nöte vor, mit denen sich das Parlament einmal beschäftigen sollte. Nach Meinung der Christdemokraten ein Hinweis darauf, dass Ortsbeiräte als Ansprechpartner für die Bürger eben nicht grundsätzlich abgeschafft werden sollten.

- 1. April 2010 -